Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung vom 02.07.2019 Seite 10 / Meinung und Debatte

Iranisches Atomprogramm

Irans Reaktionen auf die Kündigung des Atomabkommens durch die USA

Gastkommentar

von Joachim Krause und Wahied Wahdat-Hagh

Es hat ein volles Jahr gedauert, bis Iran die Aufkündigung des 2015 vereinbarten Atomabkommens (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) durch US-Präsident Donald Trump von Anfang Mai 2018 mit der Drohung beantwortete, ebenfalls aus diesem Abkommen auszusteigen. Anfang Juli 2019 läuft ein entsprechendes Ultimatum ab, welches Teheran den anderen Unterzeichnern gestellt hat. Da die Forderungen der iranischen Führung für die Europäer unerfüllbar sind, muss davon ausgegangen werden, dass Iran ebenfalls aus dem JCPOA ausscheidet und sein Nuklearprogramm fortsetzen wird. In diesem Zusammenhang stellen sich zwei Fragen: Warum haben die Iraner ein Jahr Zeit gebraucht, um auf Trump zu antworten, und welche Optionen wurden dabei erwogen? Wie wird es mit dem iranischen Atomprogramm weitergehen?

Militante Stützen des Regimes

Verfolgt man die inneriranische Debatte seit Mai 2018, so wird erkennbar, dass die bei uns fälschlicherweise als «konservativ» bezeichneten revolutionären Prinzipalisten unter Mullahs und Politikern sowie die revolutionären Garden und andere, militante Stützen des Regimes geradezu erleichtert waren, dass das Abkommen von amerikanischer Seite gekündigt wurde. Der Oberste Führer, Ali Khamenei, der dem JCPOA immer skeptisch gegenüberstand, schloss sich dieser Haltung weitgehend an und erklärte, dass das Atomabkommen ein Fehler gewesen sei. Es war das erste Mal, dass Ali Khamenei, von dem seine Anhänger glauben sollen, er sei als Vertreter Gottes auf Erden unfehlbar, eingestand, einen Fehler begangen zu haben.

Die moderaten und pragmatischeren Kräfte um Staatspräsident Rohani und Aussenminister Zarif versuchten hingegen, das Abkommen zu retten, indem sie darauf verwiesen, dass die anderen Parteien des JCPOA (die EU-Staaten, Russland und China) dabei helfen könnten, die Folgen der US-Sanktionen zu lindern, wenn nicht gar zu umgehen.

Die radikale Forderung nach dem sofortigen Rückzug aus dem JCPOA konnte sich erst einmal nicht durchsetzen, weil die technischen Voraussetzungen für den Wiederbeginn des Nuklearprogramms nicht gegeben waren. Aber die Weichen wurden deutlich in Richtung Ausstieg gestellt, denn Revolutionsführer Ali Khamenei ordnete bereits im Juni 2018 an, dass die iranische Atomenergiebehörde dringend alle Vorbereitungen treffen solle, um Urantrennarbeit in einer Grössenordnung von 190 000 SWU (Einheit für angereichertes Uran) pro Jahr zu ermöglichen. Einen Tag später zitierte die iranische Nachrichtenagentur IRNA den Leiter der iranischen Atomenergiebehörde, Ali Akbar Salehi, mit der Äusserung, wonach Iran ab Juni 2018 in Natanz mit der Herstellung von neuen Zentrifugen beginnen werde. Kurz darauf erklärte Salehi, dass innerhalb von zehn Monaten genügend Zentrifugen bereitstünden, um eine Anreicherungsleistung von 190 000 SWU zu realisieren. In diesem Zusammenhang betonte Salehi, dass er, falls Iran aus dem JCPOA aussteige, nicht auf der früheren Stufe des Urananreicherungsprogramms stehenbleiben werde, sondern wesentlich höhere Stufen der Urananreicherung anstrebe. Die Zahl von 190 000 SWU Trennarbeit hatte Khamenei schon 2014 als Zielvorgabe genannt. Mit dieser Kapazität, so eine Analyse des King's College aus dem Jahre 2014, würde Iran weit mehr angereichertes Uran produzieren, als das Land für legitime zivile Zwecke benötige - also ein klares Indiz für eine militärische Zielsetzung.

Solange die Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Anreicherungsprogramms liefen, hielt sich Iran an den JCPOA - was die Internationale Atomenergieagentur (IAEO) in ihren Berichten von November 2018 und Februar 2019 auch feststellte. Inwieweit die angekündigten Massnahmen zur Wiederherstellung der alten Leistungsfähigkeit im Bereich der Urananreicherung auch tatsächlich durchgeführt wurden, lässt sich von aussen nicht feststellen. Erkennbar ist aber, dass die dazu notwendigen Schritte teilweise auch der IAEO mitgeteilt wurden. So kündigte Behruz Kamalvandi, Sprecher der iranischen Atomenergiebehörde, bereits am 4. Juni 2018 in einem Schreiben an die IAEO an, dass Iran Schritte für die zusätzliche Produktion von Uranhexafluorid (UF6) - dem wichtigsten Ausgangsstoff für Urananreicherung - bald unternehmen werde. Es spricht vieles dafür, dass diese Massnahmen umgesetzt worden sind, sonst hätte Iran nicht im Mai 2019 auf eine konfrontative Linie umschwenken können.

Die Periode zwischen Mai 2018 und dem Frühjahr 2019 war in gewisser Hinsicht ein Zeitfenster, innerhalb dessen nach einer «diplomatischen Lösung» gesucht werden konnte. Zumindest sah man das so im Auswärtigen Amt, aber auch in Brüssel, London und Paris. Unter den moderaten Kräften in Teheran wurden die Bemühungen der Europäer um die Erleichterung der Sanktionen aufmerksam registriert, aber die entsprechende Debatte in Iran liess klar erkennen, dass die Bemühungen der EU (und auch der Bundesregierung) um Schaffung eines Barter-Mechanismus nicht besonders ernst genommen wurden. Tatsächlich ruhten alle Erwartungen darauf, dass China sich durch amerikanische Sanktionen nicht davon würde abhalten lassen, intensiven Handel mit Iran zu betreiben - insbesondere den Import von Erdöl.

Vor allem Staatspräsident Rohani hat diese Erwartung wiederholt zum Ausdruck gebracht. Solange die US-Regierung Ausnahmeregelungen für Unternehmen aus China und Indien für den Bezug von Rohöl aus Iran gewährte, konnte diese Option durchaus als realistisch gelten. Zudem hatten sich in den vergangenen Monaten die Beziehungen zwischen Peking und Washington deutlich abgekühlt. Als Anfang Mai 2019 die US-Regierung die Ausnahmeregelungen aussetzte, zerstoben allerdings die Hoffnungen Teherans. Die China-Karte zog nicht. Entgegen der Erwartung Rohanis setzten die Chinesen nicht auf eine weitere Konfrontation mit den USA. Chinesische Unternehmen, die bisher Erdöl aus Iran bezogen hatten, erklärten, dass sie nunmehr alternative Quellen suchen würden.

Offenes Spiel
Somit erklärt sich der um ein Jahr verzögerte Ausstieg Irans aus dem JCPOA, nachdem die USA sich Anfang Mai 2018 zurückgezogen hatten, aus dem Zusammentreffen zweier Entwicklungen. Zum einen mussten die technischen Voraussetzungen für eine rasche und vor allem umfangreiche Wiederaufnahme der Urananreicherung geschaffen werden, zum anderen hat sich die Hoffnung auf China als illusorisch erwiesen. Nach Ablauf des Ultimatums ist einerseits zu erwarten, dass Iran sein Atom(waffen)programm wieder voll aufnimmt und beschleunigt, andererseits wird die wirtschaftliche Lage des Landes immer desolater werden.

Wie dieses Spiel ausgehen wird, ist offen. Vermutlich wird das absehbar immer repressiver werdende Regime in Teheran sich in etwa einem Jahr dafür feiern, dass es den ersten Atomwaffentest erfolgreich abgeschlossen hat. Vielleicht wird es in der Zwischenzeit auch eine begrenzte militärische Operation der USA gegen Iran geben, die genauso wenig ausrichten wird wie die begrenzten Militäroperationen gegen den Irak zur Zeit von Saddam Hussein. Zu Verhandlungen mit den USA wird Teheran vermutlich erst dann bereit sein, wenn es über eigene Kernwaffen verfügt.

Joachim Krause ist Professor für internationale Politik und Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel; Wahied Wahdat-Hagh ist Publizist und lebt in Berlin. Eine ausführlichere Darstellung zum Thema (mit entsprechenden Belegen) findet sich in Heft 2/2019 der Zeitschrift für strategische Analysen «Sirius».

Wird Iran sein
Atomwaffenprogramm
wieder voll aufnehmen
und beschleunigen?
Fest steht: Die wirtschaftliche Lage des Landes wird
immer desolater werden.

von

Dauerhafte Adresse des Dokuments:
https://bib-voebb.genios.de/document/NZZ__8e0a03e4ff7b2533295a317b63e5f396716f18e9

Alle Rechte vorbehalten: (c) Neue Zürcher Zeitung

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Quelle:	Neue Zürcher Zeitung vom 02.07.2019 Seite 10
Ressort:	Meinung und Debatte
Dokumentnummer:	201907020245608354